

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

86 (11.4.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassettensortiment 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. voranzahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftsstelle: 1/8-1/11 und 2-1/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigen od. deren Raum 25 A. zuzügl. 80% Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: für größt. Aufträge nachm. zwor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gled & Cie., Karlsruhe.

### Das souveräne badische Volk.

Karlsruhe, 10. April.

Gr. Spät, sehr spät kommt Jean Jacques Rousseau in Deutschland zu seinem Recht. Während die Gedanken des großen französischen Philosophen und die Ideen von 1789 Angst die natürliche Grundlage bildeten für die Gelehrten der gesamten übrigen Welt und das geistige Meeresniveau wurden für die Kleinigen der breiten Volksmassen des übrigen Erdkreises, war das Dogma der Fürstentumswürde für die deutsche Geisteswelt selbst die Voraussetzung einer adelichen Staatsentstehung, eben so wie dem deutschen Volke außerhalb der Sozialdemokratie die Herrlichkeit des nur durch eine Wiederkehrung abgedrückten Fürstenabsolutismus als die einzige politische Art der Regierung eines Volkes erschien. In der weiten Welt, selbst in den noch vorhandenen Repräsentationsmonarchien, bestimmte das Volk durch das parlamentarische System die tatsächliche Regierung, die ihre Macht aus dem Willen der Regierten herleitete. In Deutschland blieb der Artikel 57 der Wiener Schlussakte in Geltung:

„Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muß dem hierdurch gegebenen Grundbesitz zufolge die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben und der Souverän kann durch eine landständliche Versammlung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.“

In diesem Prinzip wurde festgehalten, mochten auch, wie der Berliner Staatsrechtler Gaillet zutreffend schreibt, die Stürme französischer Revolutionen noch so oft und noch so heftig über die deutschen Gauen hinwegwehen; sie bewirkten im großen ganzen nur Verbesserungen der Technik der Gesetzgebung, Modifizierungen der Verwaltungsorganisation und Selbstverwaltung im Sinne des Rechtsstaates, aber an dem monarchischen Prinzip ist unabweislich festgehalten worden.

Es bedurfte erst eines 17jährigen Krieges, der gränztrennenden Nutzenmenschen der Geschichte, es war erst der größte Zusammenbruch, den je ein Staat erlebt hatte, um dem belagerten und betrogenen deutschen Volk die Erkenntnis zu vermitteln, daß ein System beibehalten werden muß, das in der Verfassung und Entwicklung unserer Zeit keinen Platz mehr hatte und dazu noch seine volle Unfähigkeit zum Regieren nur allzu sehr bewies. Der 9. November 1918, der (selbst mit tragischer Verquickung) für das deutsche Volk der Nationaltag hat und sein wird, wie der 14. Juni der des französischen, hat mit einem Schlag umgeworfen und befestigt, was Frankreich, tot oder überlebt war am deutschen Regimentsleben, wozu nicht nur die Art der deutsch-preussischen Regierungsurkunde gehörte, sondern auch die Form der Landesfürstlichen Landesherren. Unter Führung des größten und edelsten Geistes der deutschen Revolution, Kurt Eisner, ging München voran, den vorkrieglichen Diktator zum Ende zu machen, denen die anderen Landeshauptstädte nach folgten, damit ein Organ in der deutschen Staatszusammenlegung bereitsteht, das durch die jahrhundertelange gegenseitige Weigerung seiner Glieder mitschuldig war, daß das deutsche Volk als Gesamtheit erst nach der Weltverteilung und damit zu spät seine Rechte erlangte, worin vor allem eine der Grundursachen unserer Katastrophe lag, als die deutsche Politik genügt ihren militärischen Grundgedanken durch brutale Macht statt durch langsame, organische Verständigung oder durch das sozialistische Prinzip der internationalen Völkervereinigung dieses historischen Verbumms gut zu machen suchte.

So fiel auch in Baden das monarchische Prinzip, um der aus der Revolution hervorgegangenen Volkserregung Platz zu machen, die dem nach die gesamte badische Bevölkerung zu den Wahlen einer badischen Nationalversammlung aufrief, die dem freien badischen Volke eine neue Verfassung, ein Staatsgrundgesetz als Grundlage seines gesamten öffentlich-rechtlichen Lebens geben sollte. Am 6. Januar 1919 erwählte am 15. Januar zusammengetreten, ging die badische vorkriegsbedingte Versammlung durch ihre Verfassungskommission bald an die Bearbeitung des ihr von der Volksregierung vorgelegten Entwurfes einer badischen Verfassung, die sie dann nach der Umarbeitung in der Kommission in drei denkwürdigen Sitzungen vom 19., 20. und 21. März in erster Lesung und einer gleich bedeutenden Sitzung vom 25. März in zweiter Lesung erledigte. In den Abstimmungen der ersten Lesung vom 21. März und der zweiten Lesung vom 25. März wurde die Verfassung einstimmig angenommen und die nunmehrige Badische demokratische Republik auf den Rechtsboden gestellt.

Die neue badische Verfassung zu sanktionieren ist die Aufgabe, die dem badischen Volke zu seiner ersten Volkswahl am 13. April gestellt wird, wobei es gleichzeitig zu entscheiden hat, ob die Nationalversammlung bis zum Jahre 1921 als ordentliche badischer Landtag weiter tagen soll. Anders diese Verfassung der Volksabstimmung unterbreitet wird, tritt die neue Staatsidee bereits in Erscheinung: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk“. Kommt Jean Jacques Rousseau in Deutschland auch spät zu seinem Recht, so werden umso reiner seine Ideen durchgeführt: Nur die Gesamtheit des Volkes selbst kann die volente générale bilden, wie es im „Contract social“ heißt. Im weiteren engen Anschluß an Rousseau werden Volksinitiative und Volksreferendum eingeführt, wodurch das Volk nicht nur durch seine gewählten Repräsentanten wie in den alten Demokratien, sondern selbst aktiv auf die Bühne der Gesetz-

gebung tritt, was bisher nur in der Schweiz und einigen amerikanischen Bundesstaaten der Fall war. Durch 80 000 stimmfähige Staatsbürger kann das Volksvorschlagsrecht (Volksinitiative), welches das Begehren nach Erlassung, Änderung oder Aufhebung eines Gesetzes, einschließlich der Verfassungsgeetze umfaßt und die Volksabstimmung (Volksreferendum) verlangt werden; die sich abheben von allem vom Staat her über die ganze Gesetzgebung erstrecken kann. Nicht als je in der Menschheitsgeschichte wird nun das Volk in einer Gesamtheit Gestalt seiner Größe und zwar nicht nur im Staat, sondern durch weitgehende Rechte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auch für die Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise.

Nicht Volksinitiative und Volksreferendum bedeutet für all diejenigen, die von frühester Jugend an für die demokratischen Forderungen wirkten und kämpften, eine besondere Genugtuung der demokratischen Aufbau des Staatsorganismus, wonach aus allgemeinen, gleichen, geheimen, unmittelbaren Wahlen, ohne Unterchied des Geschlechtes, aller über zwanzig Jahre alten bürgerlichen Staatsbürger unter Anwendung des antiken Wahlsystems der Proporzverfahren die Volksvertretung, der badische Landtag, hervorgeht, der wiederum, in strenger Durchführung demokratisch-parlamentarischer Prinzipien, seine Vertrauensleute als Minister und Staatsräte in die Regierung wählt und dieses Gesamtministerium oder einzelne Mitglieder derselben jederzeit abberufen kann.

Conditio sine qua non für jeden Badener ist die Bestimmung, daß Baden ein Bestandteil des deutschen Reiches ist, wobei es als „selbständiger Bundesstaat“ hinsichtlich aller das Reichsinteresse, das unsere Volksgemeinschaft unabweislich, aber partikuläristische Sonderneigungen nicht mindert, selbstverständlich sind für die Träger der Revolution die in den Staatsbürgerlichen und politischen Rechten der Badener in einer Reihe von Deklarationen niedergelegten Grundrechte, in denen u. a. beide Geschlechter gleichgestellt werden; die öffentlichen Ämter und Beamtenstellen allen dazu Befähigten und Würdigen ohne Rücksicht auf Lebens-, Dienst-, Alter, Vorbildung und Geschlecht zugänglich gemacht werden; keinerlei Vorrechte anerkannt werden, die freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitionsrecht unter dem Schutze der Verfassung zu stehen kommen; die ungeschwächte Gewissensfreiheit durch entsprechende Verfassungsvorschriften gesichert wird, wogegen wir die mangelnde politische Betätigung der sozialen und erst nach der sozialistischen Tendenz des neuen Staatsbaues nur allweh in der Verfassung miffen. Hier macht sich in vollen Maße der Ausfall der Januarwahlen geltend, die statt einer Mehrheit aus Sozialdemokraten eine Mehrheit aus Bürgerlichen brachten. Hier liegt aber auch der Anknüpfungspunkt unserer zukünftigen Arbeit zur Weiterentwicklung unserer Partei und damit zur Verwirklichung des Sozialismus.

So müssen wir, bei einigem Wenn und Aber, die Badische Verfassung vom 1. März 1919, die am 13. April der Volksabstimmung unterliegen wird, als einen bedeutenden Fortschritt unseres gesamten öffentlichen Lebens bezeichnen, dessen unzulängliche Kraft wir umso stärker werden erkennen lassen, je länger der Staat, der nun wirklich mit der Volksgemeinschaft identisch ist, von der neuen Verfassungsmaßeine getrieben wird. Recht, aber erst jetzt, hat der deutsche Staatsbürger ein Recht, sich Seite an Seite neben dem Staatsbürger der übrigen Welt setzen zu lassen, nachdem der deutsche Demokrat all die Jahre mit bittersten Empfindungen den berechtigten Hohn und die herabsetzenden Seiten des fremdländischen Auslandes über das drohte, untertänige deutsche Völkertum, das in Demut seine — bei den einen goldenen, bei den anderen eisernen — Ketten trug, ärmlich und voller Scham hat über sich ergehen lassen müssen. Die Zeiten des Despotismus, der Unterwürfigkeit, des Obrigkeitsstaates sind nun endgültig vorbei. Bleiben auch bei der jetzigen Verfassung für den modernen Demokraten noch eine Reihe Wünsche frei, für die zu kämpfen seine weitere Aufgabe ist und werden einzelne Mängel ernstes Mißvergnügen, so sind wir doch berechtigt zu sagen, daß wir jetzt eine Staatsverfassung haben, die an Freiheitsinn alle Verfassungen der Welt übertrifft.

Was in Deutschland seit dem 9. November 1918 geschehen wurde, ist die reinste Durchführung der in der übrigen Welt längst durchgeführten politischen Prinzipien der Demokratie unter Benutzung des gesamten Erfahrungsmaterials. Was wir jedoch wollen, was wir erreichen müssen, das ist selbst Vorbild zu werden, in dem wir in der Lösung der sozialen Probleme der Welt das werden, was Frankreich durch 1789 der politischen Welt war.

Durch die wirtschaftliche Struktur ist in Deutschland das Proletariat bereits die ausschlaggebende politische Macht geworden, die ihm in der Demokratie auch die Regierungsmacht zuzuschob. Diese politische Herrschaft muß, nach Karl Marx, das Proletariat dazu benützen,

„der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Kräfte der Produktionskräfte möglichst rasch zu vernehmen. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt durch die Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Abregeln, also, die ökonomisch unzureichend und unbillig erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unermesslich sind.“

Daß diese Eingriffe, die die Existenzbedingungen des Klassenkampfes und damit die Klassen überhaupt aufheben,

auf dem gesetzlichen Boden der Demokratie vor sich gehen können, wobei das neue Verwaltungsinstrument der Arbeiterräte ein zweckdienliches Mittel ist, dazu liefert die am kommenden Sonntag der Volksabstimmung vorliegende neue Verfassung der badischen demokratischen Republik die juristische Grundlage. Rußland ist — leider mit unzureichenden, undemokratischen Mitteln und den unsozialistischen Methoden der Blut- und Eisenpolitik vorangegangen, so daß der Erfolg für den Sozialismus, wenn man den oft vielbesprochenen, oft vielleicht richtigen Meldungen aus Rußland glauben kann, ein zweifelhafter ist — in der Durchführung der Arbeiterideale vorangegangen, Ungarn hat sich loeben mit fliegenden Fahnen angeschlossen. Die Arbeiter und Sozialisten Mitteleuropas und man darf wohl sagen auch Westeuropas harren der Dinge, die kommen. Die Erde bebt und der Menschen Herzen erzittern. Möge in dieser Situation die Stimme des nunmehr souveränen Volkes, dessen revolutionärer Geist die monarchische Welt in Trümmer klug, richtig verstanden werden, damit der Weg von der Verwirklichung der politischen Ideen Jean Jacques Rousseaus zur Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen von Karl Marx einen ununterbrochenen, die Verwirklichungswerte voll und ganz achtenden Siegeslauf darstellen möge, um aus der organischen Vermählung von politischer Demokratie und produktionswirtschaftlichem Kollektivismus eine neue höhere Sittlichkeit der Menschheit zu gebären.

### Ein neuer Umsturz in München.

München, 10. April. (WZ, Nichtamtlich.) Nach einem Münchener Telegramm des 3. Armee-Korps ist die Regierung der Unabhängigen von den Kommunisten gestürzt worden, die die Gewalt an sich rissen. Das Militär steht auf Seiten des Ministers Hoffmann. Der größere Teil der Bevölkerung wartet nur auf einen Anstoß von außen. Die wirtschaftliche Lage hat sich verschlimmert.

### Roske über die Lage.

Einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ geschrieben, der den Reichswehrminister Roske über die Lage in Berlin und im Reich befragte, antwortete Roske: Wir hatten Grund zu der Annahme, daß partikuläre Unruhen jetzt in Berlin eintreten. Daher unsere Vorkehrungsmaßregeln, die glücklicherweise nachher sich als überflüssig erwiesen. Die militärische Leitung ist auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In Magdeburg verläuft alles programmäßig. Die Stadt ist vollkommen in unserer Hand. In Bayern werden sich, wenn mein Freund Hoffmann sich nur noch kurze Zeit hält, die Verhältnisse zugunsten der rechtmäßigen Regierung beseitigen. Gpp, früher Kommandeur des Münchener Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier. Wenn es nicht anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf und Gelsenkirchen ist. Ehe unser Vaterland in den Abgrund gestürzt wird, muß lieber auf kräftigste zugegriffen werden. Das Blut, wenn es fließen sollte, kommt über die kommunistischen Kolonialisten. Am Ruhrgebiet liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger als die Sensationspresse wahr haben will. Auf die Frage, wie er sich zu den neuesten Anträgen wegen Einrichtung eines Reichsfoldeersatzes stelle, der dem Reichswehrminister gleichberechtigt zur Seite gestellt werden solle, antwortete Roske: Der Rätekongress kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind, wenn aber der Reichsfoldeersatz Tatfache werden sollte, dann gehe ich, ohne einseitige Leitung, ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen.

### Ausländische Lebensmittel.

Haag, 9. April. Nach dem „Nieuwe Courant“ werden in Holland 8 bis 10 000 Baggens Karloffeln, 10 bis 12 000 Tonnen Karloffelmehl, 50 000 Ballen Erbsen und etwa 2000 Tonnen Milchpulver sowie gelatinisiertes und Getreielisch auf die Ausfuhr. Solange die holländische Regierung von dem Brüsseler Abkommen nicht offiziell verständigt ist, kann die Ausfuhr nicht erfolgen.

Christiania, 9. April. Die Verhandlungen wegen Kaufs der englischen Geringe und wegen ihrer Ausfuhr nach Deutschland nähern sich dem Abschluß. Ein hervorragender deutscher Finanzmann ist hier eingetroffen, um mit der Regierung zu konferieren. Die endgültige Entscheidung wird in Berlin erfolgen.

Haag, 9. April. Außer den bereits in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere 7 Dampfer mit zusammen 43 000 Tonnen Mehl, Fett und Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs. — Nach den heutigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland die Versicherung von Bunkerstoffe von großer Bedeutung. Die Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Überwindung großer Widerstände endlich in Gang gekommene Lebensmittelzufuhr aus Amerika unumgänglich machen.

### Die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 10. April. (Privatmeldung.) Die schweizerische Presse gibt nach einem Basler Telegramm der „N. Z.“ eine günstige Meldung wieder, wonach die italienische Regierung die Zolltarife für die Einfuhr aus Deutschland überprüft, da sie für den Monat Mai die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erwartet.

Weitere Meldungen siehe Letzte Nachrichten.

### Badische Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der badischen Nationalversammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Aus den Verhandlungen ist vor allem zu erwähnen die Annahme des vereinfachten Entlehnungsverfahrens, wodurch vor allem die rasche Vornahme von Notstandsarbeiten ermöglicht wird. Im letzten Teil der Sitzung wurde der 3. Nachtragsetat 1918 und 1919, der notwendige Anforderungen für Verkehrsarbeiten und Eisenbahnen enthält, genehmigt.

#### 21. Öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 10. April.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen; darunter ein Protest des Fürsten Löwenstein-Wertheim-Freudenberg gegen die neue badische Verfassung (allgemeine Weierkeit), der der Verfassungskommission überwiesen wird; ferner ein Protest des Reichsbundes der Kriegsschädigten u. Kriegsteilnehmer zugunsten unserer Kriegsgefangenen. Es folgen ein Interpellation der Abgeordneten Deurich (Str.) u. Gen. betr. Gegenstandsverkäufe der Ständeherrschaften und eine kurze Anfrage der Abgeordneten Müller-Schopsheim (Soz.) u. Gen. betr. Regelung des Fremdenverkehrs spez. der Kurhäuser ohne Schädigung der Ortsämter.

Die sozialdemokratische Fraktion teilt in einem Schreiben mit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Vertreters Dr. Dieß der Abg. Marxhoff in die Verfassungskommission eintritt.

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.) fragt nach dem Stand der Medarlanalysen an.

Minister Madert: In der Weiterbehandlung des Projekts ist neuerdings eine Verzögerung eingetreten, weil die Firma Grün und Biskinger neue Vorschläge machte. Die Regierung wird das Projekt beschleunigen und mit der nächstberühmten und heftigen Regierung in weitere Verhandlungen eintreten.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Gesetzesvortrag der Abg. Marum (Soz.) u. Gen., die Feier des 1. Mai, ging ein Schreiben des Abgeordneten Marum ein, in dem dieser Gesetzesvortrag zurückgezogen wird, nachdem die Regierung die Frage durch Verordnung erledigt.

Das von der Kommission noch nicht ganz fertiggestellte

**Sperresgesetz**

soll nach Vorlesung des Präsidenten Kopf in der morgigen Sitzung behandelt werden.

Abg. Schöfer (Zentr.) bemerkt, daß sich nicht sagen läßt, ob das Gesetz bis morgen zur Behandlung im Plenum fertig werde. Es liegen Bedenken gegen die Gesetzesfabrikation vor.

Abg. Marum (Soz.): Wir legen Wert darauf, daß das Sperresgesetz noch vor Ostern fertig wird. Es ist dringend nötig, daß rasch, bevor es zu spät ist, etwas geschieht, damit der Verkehr mit Grundstücken unter Kontrolle gestellt wird. Das Gesetz läßt sich sehr wohl morgen erledigen. Wenn aber nicht, dann muß es in den nächsten Tagen geschehen. Die sofortige Erledigung liegt im Interesse der Bauern und des ganzen Volkes.

Abg. Madert (Dem.) bemerkt, daß sich das Gesetz morgen noch erledigen lasse. Die Bedenken des Abg. Schöfer gegen die Gesetzesfabrikation teile ich; hier liegen jedoch politische Gründe vor.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schöfer (Zentr.) und Madert (Dem.) wird der Gegenstand von der heutigen Sitzung abgelehnt.

Ueber den

**Geschenkverf. betreffend vereinfachtes Entlehnungsverfahren**

berichtet namens der Justizkommission

Abg. Strauß (Zentr.): Durch dieses Gesetz soll dem Staate Gelegenheit gegeben werden, bei Notstandsarbeiten das Entlehnungsverfahren so rasch als möglich vornehmen zu lassen. Als § 9 wird auf Antrag der Kommission ausgenommen: Für das abzuhaltende Grundstück oder Recht ist eine angemessene Entschädigung zu bezahlen; Spekulationswerte bleiben ausgeschlossen. Bei Erwerbungen nach dem 1. August 1914 ist für die Vermehrung der Entschädigung höchstens der Wert im Zeitpunkt des Erwerbs maßgebend. Erfolgreich der Erwerb aus Spekulationsgründen, so ist der Erwerbspreis nicht maßgebend. Die Kommission hatte dabei den leitenden Grundgedanken, daß aus dem Krieg niemand Nutzen ziehen solle. Die Kommission beantragt die Annahme des Gesetzesentwurfes.

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.) erklärt sein Einverständnis mit dem Gesetzentwurf. Der Spekulationswert muß sich damit abschließen, daß der reelle Wert zugrunde gelegt wird.

Abg. Rahn (Soz.): Es ist dringend notwendig, durch das vorliegende Gesetz Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Durch das Gesetz sollen vor allem Entlehnungen für Wohnungszwecke möglich werden. Insbesondere stimmen wir dem § 9 zu, der die Spekulations-

preise bekämpft. Meine Fraktion erklärt die Zustimmung zum Gesetzentwurf.

Abg. Schön (Dem.): Meine Freunde stimmen dem Gesetzentwurf zu, weil er die Garantien des Eigentums bestehen läßt. Zu § 4 stellen wir noch den Antrag, daß die Vorlage des Gutachtens der Kommission nicht „unmittelbar“ an das Staatsministerium erfolgt, sondern „dur das Ministerium des Innern“.

Abg. Schöfer (Zentr.): Auch wir begrüßen das Gesetz. Nur gegen den § 9 hatte ich ursprünglich Bedenken.

Rechtsexp. Strauß (Zentr.) betont gegenüber dem Antrag Schön, daß man hier zweckmäßiger das Ministerium des Innern ausgeschaltet hätte, da hierdurch eine Verzögerung eintreten würde.

Abg. Madert (Dem.) tritt für den Antrag Schön ein. Das Ministerium des Innern ist die geeignete Stelle zur Behandlung der Vorlage und die Entlehnung wird hierdurch nicht verzögert. Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialdirektors Weinmann wird in der Einzelberatung der Antrag Schön mit großer Mehrheit abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird das **Sperresgesetz mit 76 Stimmen einstimmig angenommen.**

Ueber den **dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1918/19** berichtet namens der Haushaltskommission

Abg. Goebling (Dem.) Für bauliche Anlagen werden 918 000 Mark angefordert, wobei es sich in der Hauptsache um Wohnungsbau u. Eisenbahnbetriebsverwaltung handelt. Beim Eisenbahnbau u. werden für neue Bahnen 4 550 000 Mk. gefordert, die zum Teil längst fällige Straßen behandeln. Für bestehende Bahnen werden 1 135 400 Mk. angefordert. Für Stationen werden 6 600 500 Mk., für Werksanlagen 941 000 Mk. benötigt. Dazu kommen für staatliche Kraftwagenlinien 1 100 000 Mk., für die Rhein-Redarbahn 500 500 Mk. Insgesamt betragen die Nachtragausgaben 14 827 400 Mk., denen an Einnahmen gegenüberstehen an Zuschüssen vom Reich, Behörden und Gemeinden 277 000 Mk., jedoch eine Mehrausgabe von 14 550 400 Mk. für 1919 verbleibt, deren Genehmigung die Kommission beantragt. Der Voranschlag für die Gesamtprojekte ist von 26 Millionen auf 44 1/2 Millionen gestiegen.

Abg. Wittenmann (Str.) meint, daß durch diese Bauten dem Handwerk und dem Gewerbe unter die Arme gegriffen wird, weshalb wir gerne zustimmen. Besonders zu begrüßen ist die Anforderung für die Bahn Tilsiter-Str. Vösten.

Abg. Rahn (Soz.): Wir stimmen dem Nachtragsetat zu. In der Kommission ist uns vor allem die ungeheure Preissteigerung der Steine vom Dornwald aufgefallen. Wir bitten deshalb die Regierung, dieser Sache nachzugehen.

In der Einzelberatung bittet

Abg. Deurich (Str.): um von dem Dornwald Steine nach Ermäßigung zu werden.

Abg. Lefer (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Oberbaurat Wöhrer: Wenn die Bahn bis Schönau gebaut ist, wird man prüfen, ob man sie weiterführen kann, oder ob man den Bau noch zurückstellen muß.

Abg. Rahn (Soz.): Die Ausführungen des Regierungsvortreters lassen vorerst keine Hoffnungen zu. Ich unterhalte die Ausführungen der Herren Deurich und Lefer und wünsche, daß die Forderungen für Weiterführung der Bahn nach Heiligkreuz-Steinbach endlich bewilligt werden.

Abg. Rahn (D. Natl.): Auch wir unterstützen aufs wärmste den Bau dieser Bahn.

Zur Verlegung der Oberwaldbahn oberhalb Heidelberg-Karlsruher wünsch

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.) namens sämtlicher Heidelberger Abgeordneten, daß am Bahnhof Heidelberg-Karlsruher ein Stückgüterverkehr eröffnet werde.

Zum **Bahnsummbau in Forstheim** wünsch

Abg. Dornwald (Dem.), daß der Fortgang ein rascher werde. Beim Einbaubeginn sind unvollständige Zustände und wir erwarten die Beendigung des Bahnsummbaus in diesem Jahre, spätestens 1920.

Oberbaurat Wöhrer: Es waren bei dem Forstheimer Projekt längere Besprechungen mit Württemberg nötig, die erst jetzt beendet wurden.

Ministerialrat Girsch: Die Pläne für das Aufnahmegebäude in Forstheim sind allgemein gebilligt worden. Das provisorische Gebäude ist vollendet worden. Dem Aufnahmegebäude selbst kann man wegen der mangelhaften finanziellen Lage zu der Überzeugung, daß eine Verchiebung auf einen späteren Zeitpunkt möglich sei, wenn einige Umänderungen vorgenommen werden. Außerdem wurde ein Umbauungsprojekt ausgearbeitet und ferner ein neues vereinfachtes Bauprojekt. Nunmehr wird geprüft, welchen von den drei Projekten der Vorzug gegeben werden soll.

Beim Bau der Kraftwagenlinien bringt

Abg. Schneider-Heidelberg Wünsche für den Amtsbezirk Eppingen vor.

Zu den Einnahmen an Zuschüssen der Gemeinden bemerkt

Abg. Schön (Dem.), daß draußen Verhandlungen gepflogen

werden, um Zuschüsse zur Instandsetzung der Kreisstraßen. Hier handelt es sich um sehr große Ausgaben, die die Kreise ohne außerordentliche Staatszuschüsse aufbringen sollen. Diese Kosten können die Kreise jedoch nicht aufbringen. Den Kreisen müssen deshalb Zuschüsse gemeldet werden.

Nach kurzen Ausführungen des Oberbaurats Wöhrer wird der Nachtrag zum Staatsvoranschlag einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag, 11. April, vormittags 10,30 Uhr. Tagesordnung: Sperrgesetz, Hochschulinterpellation. Schluß der Sitzung: 7,10 Uhr.

#### Neue Gesetzentwürfe und Anträge in der badischen Nationalversammlung.

Das jüngste noch von der vorl. Volksregierung angeforderte provisorische Gesetz betr. die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betreffend ist schon im Druck erschienen. Es hat seinen Ursprung darin, daß die ar. o. d. e. n. t. l. i. c. h. e. n. s. i. c. h. mit der Dauer des Krieges immer mehr entwickelnde Steigerung der Baupreise in der Zeit von 1917/18 eine sprunghafte Form angenommen hatte und zu einem immer stärker werdenden Mißverhältnis zwischen der auf Grund des Gebäudeversicherungsvertrages im Einzelfalle gewährten Entschädigungssumme und den tatsächlichen Kosten des Wiederaufbaues durch Brand zerstörter oder beschädigter Gebäude führte. Aus der Steigerung der Baupreise (im Oktober 1918 schätzungsweise bis zu 200 v. H. und mehr gegenüber dem Jahre 1914) ergab sich die Notwendigkeit, die Zuschläge zu erhöhen. Dem soll durch das prov. Gesetz entsprochen werden dadurch, daß die Zuschläge im Falle eines Wiederaufbaues im Jahre 1918 von 20 v. H. auf 40 v. H. und im Falle eines späteren Wiederaufbaues auf 60 v. H. der Brandentstehungssumme heraufgesetzt werden.

Weiter bringt das Gesetz Erleichterungen, um einen Ausgleich des den Brandbeschädigten erwandenen Mehrschadens zu ermöglichen. Das von mehreren Mitgliedern der sog. Fraktion vorgelegte Gesetz über die Verfestigung der Ständeherrschaften ist jetzt ebenfalls im Druck erschienen. Es kommen hierfür in Betracht: Zimmgenberg, Salem und Petershausen, Fürstberg, Leiningen, von der Leyen, Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Leiningen-Billigheim, Leiningen-Neudau.

Mehrere Mitglieder der Zentrumskraktion haben folgende Interpellation eingebracht: „Die Bevölkerung hat Mangel an Kleidungs- und Bekleidungsstoffen! Was gedenkt die Regierung zu tun, um zur Regelung dieses Mangels die Freigabe von Spinnmaterial besonders von Flachs, zu erörtern?“

#### Bewerkschaftliches.

Baden-Baden, 9. April. Durch Verhandlungen mit dem Reichsgewerband für das Baugewerbe wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Da in der nächsten Zeit, auf Grund des Reichstarifvertrages die allgemeinen Bestimmungen geregelt werden, wurden lediglich die Lohnsätze vereinbart. Diese betragen für Maurer und Zimmerer 1,50 Mk. pro Stunde, für Hilfsarbeiter 1,35 Mk. Es liegt nun an den Kollegen von Baden-Baden, für die Durchführung des Vertrages Sorge zu tragen. Die bisherigen Zustände des Baugewerbes in Baden-Baden waren für die Arbeiter beschämend. Es hatte fast den Eindruck, als sei die Renovation spurlos an den dortigen Kollegen vorbeigegangen. Hoffen wir, daß die Kollegen die Zeichen der Zeit verstehen, das Erzeugnisse festhalten und durch den Ausbau der Organisation allen Situationen sich gewachsen zeigen. Um über die allgemeine Tariffrage volle Klarheit zu schaffen, findet Samstag, 12. April, gleich nach Feierabend, im Lokal zur „Rainau“ eine allgemeine Bauarbeiterversammlung statt.

Mannheim, 9. April. Die Wösch-, Bus- und Monatsfrauen haben sich dem Verband der Hausangestellten Deutschlands angeschlossen und einen Tarif ausgearbeitet, der die achtstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 80 Pfg. bis 1 Mk. vorsieht.

Eine Irreführung. Vom Verband der Büroangestellten wird uns geschrieben: Bei den badischen Anwaltsgehilfen wird neuerdings für den Anschluß an den Anwalts- und Notariatsangestelltenverband (Eich Leipzig) propagiert. Dabei scheut man sich nicht, diesen Verband als einen solchen mit gewerkschaftlichen Tendenzen zu bezeichnen. Dies ist irreführend. Der genannte Verband ist ein Harmonieverband in schärfstem Sinne des Wortes. Bis zum 16. Februar 1919 hat er weibliche Mitglieder überhaupt nicht aufgenommen. Ein Verband mit einer solchen frauenspezifischen Vergangenheit ist keine Organisation, der man beitreten kann.

Anwaltsangehörige männlichen und weiblichen Geschlechts, stützt euch vor falschen Freunden wie der Leipziger Verband. Die einzige gewerkschaftliche Organisation, die auch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen ist, ist der Verband der Büroangestellten Deutschlands (Eich Berlin). Dieser Verband hat in letzter Zeit in allen größeren Städten in Preußen und Sachsen mit den Anwalts-Tarifverträge abgeschlossen, die eine bedeutende Verbesserung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen darstellen. Man wende sich an die Ortsgruppen in allen größeren Städten Badens.

### Morgenröte.

Eine Novelle von H. A. B. A. N.

(Schluß.)

Die Revolution kam, wenn auch nicht auf Säwingen, kam, als hätte am 9. November auf dem roten Fettel des Abreißkalenders „Revolution“ gestanden. Sie begann rein äußerlich so: Am Morgen waren alle Brücken, öffentlichen Gebäude, Straßenkreuzungen besetzt. Patrouillen zogen durch die Straßen. Die Geschäfte der Friedrichstadt hatten geschlossen, die Kaufleute ihre eisernen Gitter heruntergelassen. Gegen 10 Uhr strömten Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen untergeleitet aus den Häusern nach dem Zentrum. Unter den Linden wimmelte es von Menschen. Was nun getan werden würde, war nicht klar. Wartete man auf einen Glodenischlag? Im Reichstagsgebäude war ein Summen wie in einem Bienenschwarm. Wiesner verjagte, einen Abg. ordneten zu erreichen, aber alle Leitungen des Telefons waren besetzt. Im Amt tat kein Mensch etwas. Die Offiziere hatten ungeschicklich und Revolver bei sich. Zwei Tage zuvor hatte jemand aus dem Reichstag die Nachricht mitgebracht, die Front befände sich in voller Auflösung. Was hatte man also noch tun sollen? Da erschienen die ersten Belegungen. Man riß sie den Verkäufern aus der Hand, aber alles, was darin stand, schien nicht das Erwartete zu sein. Wie ungeduldig die Leute waren! Als Wiesner wieder herunter sah, fiel ihm auf, daß die Säuleleute verschwunden waren. Das Wetter war so trüb und grau. Wäplich hörte man ein Lastauto hupen und schwer vom Schloß her gegen das Brandenburger Tor anfahren. Matrosen standen und sahen darauf, sie schwenkten keine rote Fahnen und ließen die Republik hochleben. Sie war außergerissen, man war schon darin. Was nun tun? Alle Welt blickte sich auf die Straßen, Soldaten nahm man die Notarden, Offizieren die Kleinfüße ab, man verteilte Flugblätter in Masse, von Rechts und Links, aber das Rindende fehlte. Also das wäre das Ereignis? Na schön. Die Wenigsten verstanden, was es war,

es fehlte das erklärende Wort, für das in diesem Augenblick jeder so dankbar gewesen wäre. In den Klaffenden Türen der Vereine, als hielten sie eine Puppe, von der man sagte, daß sie schön sei, aber ihre Hände wußten sie nicht recht zu halten, und ihre Herzen brühten die Flügel an sich. Andere schwenkten die Hüte, nur die Arbeiter demonstrieren unter Borantragen roter Fahnen und Plakate und umrandeten mit tosendem Beifall die Worte ihrer Redner. Explosionen fanden nicht statt. Man ließ die Wälder stehen und auch die Siegesallee, keine Brücke wurde angezündet, kein Sprinkbrunnen zerstört, kein Baum zerlegt. Es gab keine wutvollen Bauernhände, die wie jene der Bende es verlustig hätten, Kanäle auszuwässeln, Städte zu Steppen zu machen, oder Kirchen wie Notre Dame von Boulogne für mer, die Patriotin der Matrosen, deren Kuppel als Boje und Ballon der Hoffnung weithin über Meer grüßte, niederzureißen. Man ließ die Zeichen der Könige in ihren Gräbern. Vielleicht hatten manche daran gedacht, daß man sie aus ihren Gräbern ziehen und den Seelen die Würde auszuwässeln würde und beschränkt, man errichtete nun auf dem Schloßplatz eine Guislatine, enthaupte Frauen, die in ihren Beeten Lilien statt Getreide gepflanzt hatten. Aber so war es nicht. Ueber die Autos neigten sich Soldaten und gaben jedermann gern Auskunft über das, was geschehen sei, und wenn sie lachend weiterführten und sich die Antwort auf Fragen nach der Zukunft lieferten, hatten sie Recht. Bis zum Abend hatte man sich in Berlin allgemein an das Not soweit gewöhnt, daß selbst die konservativen Hotels sich dem schmückten oder Kaiserbilder verflüchteten; das ging so brab, so bürgerlich.

Wiesner ging nun in Zivil, er war entlassen. Seiner Charlottenburger Wirtin kündigte er und zog in eine Mansarde der Frankfurter Allee. Geld hatte er keines. Er wollte keine Wohnung mehr, wollte nicht mehr an staatlichen Krüden gehen und sich beschließen lassen. So meldete er sich beim Vorwärts als Zeitungsdienstleister, erhielt keinen Paß, zog damit nach dem Westen und bot sie den Passanten an. Abends ab er in einer Volkshäufige; alles ging so wie damals in Amerika,

als er wochenlang in einer Johradsfabrik Sträuben in Leinfungen einredete. Er führte jenes Doppelpelzen, wie es nur die ganz großen Städte zu führen erlauben und es geriet ihm, irgend etwas zu arbeiten und in der freien Zeit zu tun, was ihm paßte. Klopften nicht in Amerika die Studenten Tappiche bei den reichen Leuten, um Geld zu verdienen.

Mittags, wenn er seine Zeitungen verkauft hatte, hörte er oft lange den Rednern zu, die von Wagen und Autos herab auf Straßen und Plätzen für ihre Parteien warben und geschickt ihre Programme entwickelten. Es war so auffallend, daß die bürgerlichen Richtungen fast durchweg von Rednern vertreten waren, die schon äußerlich ihm unheimlich waren; damit stimmten auch die Beobachtungen überein, die er beim Betrachten der Berufspolitiker in illustrierten Zeitungen gemacht hatte. Gewiß, auch die Linke hielt sich Pauser, die auf einen ganz bestimmten Wortlaut eingeduscht waren und den oft sehr langweilig vorbrugen, aber es gab Zunge unter ihnen, die wie Satane sprachen, voll Erleuchtung und mit warmem Herzen, die zu fühlen waren. Es war kein Wunder, wenn gerade die Frauen ihnen zuhörten. Männer sind härter und entstellen sich, wenn sie von Politik sprechen meist augenblicklich bis zur Unkenntlichkeit. Einmal sah er am Bahnhof Zoologischer Garten einen Alten, der eine Weile einem jungen Soldaten zuhörte, dann, als in einer Pause ein Geräusch entstanden war, sofort die Umstehenden mit bösem Schimpfen um sich sammelte und mit gerollten Augen und erdöberer Haut mit diesen Worten den Platz verließ: „Tolle Hunde muß man totschlagen.“ Er trug eine grüne Hüte und hatte den Gang eines ostelbischen Barons.

Als die Zeit der Spaltungen, Kämpfe, Morde und die Entwicklung eines Zustandes kam, der die junge Duelle der neuen Zeit zu trüben und in ein Welt zu kanalisieren begann, das einen anderen Weg nahm, als Wiesner es erhofft hatte, als das junge Stämmchen sich wieder mit altem Erbsen bezog, entschloß sich Wiesner, von seinem militärischen Entlassungsführer Gebrauch zu machen, um in seine Heimat, nach Süden zu fahren.

# Baden.

## Die Schwärze.

Als erste Frucht vom Baume der Revolution an dem Schulgebiet ist eine Verordnung über die Einrichtung von Beiräten erschienen. Eine etwas murrnische Frucht. Wenn das alles ist, was von diesem Baume geschüttelt wird, dann fällt die Ernte, wenigstens was die Qualität anbelangt, nicht sonderlich erntlich aus. Gewiß: daß es nun so etwas gibt, was sich Beirat nennt, das ist ein Fortschritt. Wäre er in der Zeit des Obrigkeitsstaates gemacht worden, so hätte man sagen können: 'Wacht mal an, die Regierung bestimmt sich wieder auf ihre guten Ueberlieferungen aus den letzten Jahren. Denn was diese Beiräte bringen, das ist eigentlich etwas, was der Liberalismus der letzten Jahre bereits zu bringen sich angeheißelt hatte. Freilich, über einen Anlauf kam er nicht hinaus.

Unter dem Gesichtspunkt aber, daß wir eine Revolution hinter uns haben, ist diese Verordnung nicht sonderlich viel. Vor allem bräut sie nicht mit dem Grundgedanken des Obrigkeitsstaates, wonach die Behörde das allein bestmögliche Element in der Verwaltung ist und daß die Lehrer nur ausführende Organe der Behörde sind. Sie haben zu gehorchen und das Maul zu halten: jagte man vor dem 9. November. Heute ist man ein bisschen fortschrittlicher und sagt immerhin: Sie dürfen auch noch Vorschläge machen. Sie können mitberaten über das, was wir ihnen vorlegen; aber mitbestimmen — nein, das geht auf keinen Fall. Diese Reform regelt aber freilich unter dem Namen „Schulverwaltung“. So ungefähr wie im Bereiche unserer eigentlichen Väter, wenn sie eine zentrale Frage aufheben. Von einer Zustimmung der Konferenzrechte, welche Forderung die Lehrerschaft seit Jahrzehnten erhebt, ist keine Spur. Von einer kollegialen Schulleitung mit Wahl des 1. Lehrers ist keine Rede. Der Vorgesetzte des Obrigkeitsstaates muß erhalten bleiben. Hier rächt sich daher die Unterlassung der Lehrerschaft, die in den Revolutionstagen verübt hat, Lehrerräte zu bilden. Was Fänschen nicht getan hat, wird Hans nur schwerlich nachholen können. Kurz und schalck, man merkt aus allem heraus, daß diese Verordnung schon bei ihrem Entstehen mit allerlei Schwierigkeiten und reaktionären Widerständen zu kämpfen hatte, und sicher ist da irgendwo eine Hemmung, die zu beschränken nicht nur die Lehrerschaft, sondern vor allem auch die Sozialdemokratie ein Interesse haben wird. Ob das aber bald gegeben wird? Dann müßte vor allem einmal in die Lehrerschaft ein neuer Geist einziehen. Aber solange noch solche Dinge möglich sind, wie man sie in der letzten Zeit hören und lesen konnte, wird das wohl schwer fallen. Solange nicht die Lehrerschaft in ihrer Masse einsteht, daß ihr Weg in wirtschafts- und kulturpolitischer Richtung in den Reihen der Sozialdemokratie liegt, solange noch die Mehrzahl der Lehrer Schleppeidienste leistet dem Kapitalismus und einer Klasse, die sich gegen Reformen der Volksschule mit Händen und Füßen sträubt, solange ist keine Aussicht auf Besserung. Immerhin: die Zahl der sozialistisch denkenden Lehrer wächst von Tag zu Tag; und vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch den andern die Schenkflappen fallen und sie sehen, wozu man sie gern führen möchte. Das Zentrum im Licht mit neuem es ja an wohlmeinenden Katholiken nicht fehlen: und wenn das Zentrum rät, das weiß die Lehrerschaft aus Erfahrung, wozu der Kurs gehen soll!

**Baden-Württemberg.** Die sozialdem. Wahlkreis-Konferenz des früheren 11. badischen Reichstagswahlkreises (Mannheim-Weinheim-Schweinfurt) nahm zur Frage des Zusammenchlusses von Baden und Württemberg eine Entschloßung an, in der verlangt wird, daß in der eminent wichtigen Frage der Vereinigung der beiden Republiken unbedingt von der badischen Regierung die Initiative ergriffen wird, damit dieselbe ideale und volkswirtschaftliche Gedanken bald reale Wirklichkeit wird.

**Die neue badische Verfassung** ist in offener Form im Verlage der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe erschienen zum Preise von 50 Pf. Das Werk enthält den Wortlaut des Gesetzes der Verfassung vom 21. März 1919 und des Gesetzes der Volksabstimmung und die Fortdauer der Rationalverfassung, nebst einem Stimmzettelmuster.

**Seibelberger Klatsch.** Das Seibelberger Lachblatt hatte berichtet, badische Kriegsgeheimnisse, die infolge der Revolution ihre Ordnung und Medaillen nicht mehr bekommen haben, hätten von der Reichsregierung verlangt, daß ihnen noch nachträglich die Ehrenzeichen verliehen würden. Da die Medaillen das Bildnis des Großherzogs trügen, hätte die Reichsregierung beim Großherzog anfragen müssen, ob er gestatte, daß sein Bild auf diesen Medaillen weiter verwendet werde. Der Großherzog habe seine Einwilligung gegeben. Wie wir erfahren, ist an der ganzen Geschichte kein wahreres Wort.

**St. Rufheim, 5. April.** Traurige Mißstände existieren zur Zeit hier überall; die traurigsten aber sicher bei uns. Wie bekannt, hat Rufheim immer noch keine Bahn, obwohl den Einwohnern von Rufheim dieselbe schon längst vor dem Krieg versprochen worden ist. Die Einwohner von Rufheim, die zur Stadt gelangen wollen, sind gezwungen, den Weg zu Fuß oder per Fahrrad zu machen. Die Arbeiter müssen diesen Weg im Zuge zweimal machen. Wie die Straße zwischen Rufheim und Graben aussieht, spottet jeder Bescheidene. Im Dezember wurde die Straße mit Schotter belegt, etwas weiteres wurde daran nicht gemacht. Was damals geschah, wiederholte sich jetzt wieder in ähnlichem Maßstabe. Arbeiter, die den Weg zur Bahn per Rad machen, sind gezwungen, sich morgens bei Nacht vom Rad herunterzusetzen und freckenweise zu laufen, denn es ist ihnen nicht möglich auf diesem Weg zu fahren. Von Seiten des Straßenmeisters wurde versprochen, er wolle dafür sorgen, daß die Straße gewalzt wird. Ob es wahr wird, müssen wir abwarten. Die Einwohnererschaft von Rufheim verlangt die gleichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger, denn sie hat auch ihre Pflichten. Am besten konnte man es ja über den Krieg sehen. Was die Lebensmittelabgabe betrifft, so stand Rufheim an erster Stelle. Wir verlangen, was sie uns längst versprochen hat, nämlich die Bahn, damit wir kommenden Winter nicht wieder Sturm und Unwetter ausgeht sind.

**w.** Die Vereinigung für Volksbildung in Gaggenau trat am 2. April mit dem Vizepräsidenten C. Rauf, 'Ein toller Einfall' an die Öffentlichkeit. Dies Stud., das ziemlich hohe Anforderungen an die Mitwirkenden stellte, wurde sehr gut gespielt; der Beifall zeigte, daß jeder Spieler zur vollen Zufriedenheit des Publikums seine Rolle wahrte. Es erwidert hervorzuheben zu werden, daß die Mitwirkenden durchwegs keinen finanziellen Vorteil haben, sondern sich unentgeltlich zur Verfügung stellen. Der Zweck der Vereinigung ist, durch Aufführung guter Theaterstücke, ernstlichen und heiteren Charakters, sowie durch verständliche, wissenschaftliche Vorträge in der Allgemeinheit bildend zu wirken; aber auch

die Wohlfahrt zu pflegen und allen denen, die in Not geraten, tatkräftig und finanziell zur Seite zu stehen, was besonders den Witwen und Waisen der hiesigen Bevölkerung zugute kommt. Trotz der edlen Ziele, welche die Vereinigung anstrebt, ist der Eintrittspreis zu den Veranstaltungen so gestellt, daß sich der unbemittelte ein paar Stunden Ablenkung und Erholung gönnen kann.

**K. Kautz, 8. April.** Eine Anfrage an unseren Gemeinderat. Vor dem Kriege war es hier üblich, daß die Domänen- und Forstverwaltung bei den Holzversteigerungen Fortschritt bis 1. November gab, bei Verzögerung innerhalb 90 Tagen jedoch 2% Skonto bewilligte. Boriges Jahr und dieses Jahr wurde das Holz nun durch die Gemeindegewaltigkeit verteilt und das Geld sofort bei der Losungabe vom Gemeinderat ohne die 2% Skonto abgezogen, eingezogen. Wir wären nun neugierig, zu erfahren, warum diesmal keine 2% Skonto gewährt wurden, oder, wenn solche gewährt wurden, in wessen Tasche sie geflossen sind. Die Domänen- und Forstverwaltung wie auch unsere hohe Gemeindebehörde haben ein Interesse daran, um solchen Gerüchten vorbeugen, Aufklärung zu geben. Hf. 11. A. w. a.

**Wittersdorf bei Nassau, 10. April.** Fünf Kinder des im Felde gefallenen Landwirts Leo Hübner sind an der Typhus erkrankt. Die älteste Tochter und ein achtjähriges Töchterchen sind der Krankheit zum Opfer gefallen.

**Urfen bei Offenburg, 10. April.** Wie erinnerlich, hatten sich vor einigen Wochen die hiesigen Landwirte gewappnet, an den Kommunalverband zum gesetzlichen Höchstpreis Marktoffeln abzuliefern. Jetzt haben die Landwirte ihren Beschluß rückgängig gemacht und wollen ihre Marktoffeln wieder dem Kommunalverband abgeben.

**Emmendingen, 9. April.** In der Zigarrenfabrik von Bloch waren bei einem Einbruch 10 000 Zigarren gestohlen worden. Die Diebe wurden in Freiburg festgenommen und zwar ein Mann und eine Frau. Sie waren revidiert worden, weil man Hamsterware bei ihnen bemerkt.

**Freiburg, 9. April.** Ein 77jähriger schmerzkranker Fabrikarbeiter wurde von einem Straßenbahnwagen zu Boden geworfen und so schwer verletzt, daß er starb.

**Heidelberg, 10. April.** Nach einer den hiesigen Blättern von der Volkswehr ausgehenden Mitteilung traf letzter Tage die Frau eines hiesigen Volkwehmannes mit ihren fünf Kindern aus Metz hier ein. Die dortige französische Behörde hatte nämlich das unglaubliche Verlangen an die Frau gestellt, sich von ihrem Mann scheiden zu lassen. Als die Frau dieses Annehmen zurückwies, wurde sie ausgewiesen. Sowohl der Vater der Frau als auch ihr Großvater hatten in der franz. Armee gedient.

**Heidelberg, 10. April.** In einer Versammlung der gesamten Studentenschaft der Universität wurde eine Entschließung gefaßt, welche an die maßgebende Stelle an Berlin abgeandt werden soll, des Inhalts, daß die Studenten sich bereits erklären, an der Heibelberger Universität die Aufstellung eines Militärbataillons in Angriff zu nehmen, um die Regierung in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen, daß aber jede drakonische Schließung der Universität zur Stärkung des freien Bataillons abgelehnt wird.

**Mannheim, 10. April.** Wie das Mannheimer Tagblatt berichtet, ist das gesamte kaufmännische Personal der badischen Kredit- und Sparkassen am Dienstag mittags um 12 Uhr in Streik getreten, da die Direktion die Forderungen des Personals nicht erfüllte. Es wurde u. a. ein Entlohnungsgeld von 1000 M für Ledige und 1500 M für Verheiratete verlangt. Die Bewegung wird von den kaufmännischen Angestellten der Firmen Gullini, Knoll und Penker durch einen Sympathiestreik unterstützt.

**Weinheim, 11. April.** Nun ist auch das letzte Mitglied der Raubmörderbande, welche bei Rimbach einen Kohlenauer beim Hampten tötete, der Ratweiser Karl Rathes verhaftet worden. Er wurde in Gorbun a. E. ergriffen.

**Verkehrshemmnisse nach Bayern.** Wegen Streiks in Bayern sind die Ueberzüge Würzburg, Crailsheim, Würzburg, Wertheim und Miltenberg für den gesamten Personen-, Gepäck- und Güterverkehr nach und durch Bayern gesperrt. Die Veronienzüge der Obermainbahn verkehren bis und von Gerolshausen; die Schnellzüge D 37 und D 38 zwischen Mannheim und Weimar werden bis auf weiteres nur bis und von Landa geführt.

**o. Stöckel aus dem Luisenheim.** Kürzlich waren die Herren vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt hier, um jedenfalls verschiedene Mißstände aus der Welt zu schaffen. Während der Anwesenheit der Herren fühlten sich die Anwesenden wie im Himmel. Ein solches Essen wie damals gab es noch nie. Damit nun das Essen auch weiterhin hier gut bleibt, möchten wir ausrufen: 'Ach Ihr Herren von der Landesversicherungsanstalt! Bleibt aber doch ewig hier, damit wir nicht mehr so ein Schweinefutter hingestellt bekommen wie früher!' — Wie besorgt man auch sonst um das Wohl der Anwesenden ist, zeigt folgender Anschlag in der Schusterbude der Zeilanstalt: 'Für Patienten dürfen nur zuarbeiten erledigt werden oder bejahren und begleichen mit Kunstfäden, nicht mit Leder!!!'

**Postversteher mit Glas-Verträgen.** Zur Befestigung von Zweifeln wird auf die nachstehenden Verordnungsbedingungen im Postversteher zwischen dem unbesetzten Deutschland und Elsaß-Lothringen hingewiesen: Zugelassen sind in der Richtung aus dem unbesetzten Deutschland nach Elsaß-Lothringen: a) gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten und Postbriefe; b) rein geschäftliche Briefe mit freiem Aufschlag von Zeitungen und Zeitungsbeilagen; c) sämtliche Briefe an und von Bekannten. Erlaubte Sprachen: Deutsch oder Französisch. Die Briefe — auf der Rückseite des Umschlages — und die Postkarten müssen die volle und deutliche Angabe der Adresse des Adressats tragen; die Briefe und Postkarten unter a) außerdem den handschriftlich beizugebenden Vermerk 'Handelskorrespondenz'.

**Keine Familienunterstützung.** Nach der 'Karlsruh. Zg.' können die Angehörigen der freiwillig bei einem Kruppenteiler wieder eingetretenen Mannschaften, sofern es sich nicht um den Erbschaftsfall Ost oder die militärischen Kommandoabteilungen unterstellten Sicherheitskräfte handelt, keinen Anspruch auf gesetzliche Familienunterstützung erheben, da die Wiedereingetretenen als freie Zivilarbeiter betrachtet werden. Die badischen Familienunterstützungen sind als militärischen Kommandoabteilungen unterstellte Sicherheitskräfte anzusehen.

## Gerichtszeitung.

### Schwurgericht Karlsruhe.

#### Körperverletzung mit Todesfolge.

**Karlsruhe, 9. April.** In der heutigen Vormittagsung am die Anklage gegen den am 4. November 1896 in Mannheim geborenen Landwirt Wilhelm Welsch wegen Körperverletzung mit Todesfolge zur Verhandlung.

Dem Welsch wird vorgeworfen, daß er in der Nacht vom 31. Dezember 1918 auf 1. Januar 1919 kurz vor 12 Uhr zu Pforsheim an der Röhrlinde vorläufig den Schulmann Wilhelm Walter mit einem im Griff festgehaltenen Messer einen Stich in den Rücken beibrachte, der in das Rückenmark eindrang, dieses teilweise durchtrennte, zunächst eine Räumung der beiden Beine und eines Teils der Rückenorgane und schließlich am 23. Februar 1919 den Tod des Walter zur Folge hatte. Zur Aufklärung des Sachverhalts sind 12 Zeugen und 1 Sachverständiger geladen.

Der Angeklagte stand zur Zeit der Tat als Soldat bei der Maschinenabweileitung in Pforsheim. Er hatte in der Sil-

besternacht mit Kameraden und Mädchen lüchig gezecht und war zuletzt erheblich betrunken. Auf dem Heimweg gab es zwischen ihm und seinen Begleitern und andern Soldaten und Zivilisten bei der Röhrlinde eine Kumpel. Einige in Zivil befindliche, vom Dienst nach Hause begehende Straßleute — darunter der Betretene — suchten den Streit zu schlichten. Das bei dem Angeklagten befindliche Mädchen jagte diesem, sie sei auf die Reize geschlagen worden. Auf die Frage des Angeklagten, wer sie geschlagen habe, sagte sie: der Zivilist, und deutete in der Richtung, in der auch Schulmann Walter stand. Ohne daß nun irgendwie festgestellt, daß Walter das Mädchen geschlagen hatte, oder daß diese den Walter überhaupt nur als den bezeichnen wollte, der sie geschlagen habe, verlegte der Angeklagte dem Walter einen wuchtigen Stich in den Rücken, so daß das Messer stecken blieb und der Betretene sofort zusammenbrach. Der Täter entfernte sich dann mit seiner Begleiterin, ohne sich weiter um sein Opfer zu kümmern. Der Angeklagte ist nicht vorbestraft.

Der Staatsanwalt stellt auf Grund des Verhandlungsergebnisses an die Geschworenen den Antrag, die Frage nach Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, unter Veragung mildernder Umstände, zu bejahen. Der Verteidiger läßt eine Hilfsfrage auf erzwungene Körperverletzung stellen, indem er nachzuweisen versucht, daß der Stich nicht die unmittelbare Todesursache habe sein müssen. Er beantragt, diese Frage zu bejahen und dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Die Geschworenen erklärten dem Angeklagten der Körperverletzung mit nachfolgendem Tode schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Welsch wird hierauf zu 3 Jahren Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt. Das zur Tat gebrauchte Messer wird eingezogen.

### Mordverfug.

In der Nachmittagsung wird gegen den am 2. August 1895 zu Muggensturm geborenen Schreiner Emil Meringer wegen Mordverfugs und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhandelt. Der Angeklagte wird von Rechtsanwalt Hemmelsheimer verteidigt.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er am 16. Juli 1918, abends etwa 11 Uhr, in Nassau in das im Hause Maxrirt. 3 gelegene Zimmer seines Vaters Lukas Meringer eine Granatgranate warf um seinen Vater, von dem er annahm, daß er sich in jenem Zimmer befinde, zu töten und dadurch im Zimmer erheblichen Schaden anrichtete.

Die Anklage nimmt an, daß der Angeklagte die Tat mit Ueberlegung ausgeführt habe. Der Angeklagte hat dies zunächst in der Vorunternehmung auch nicht bestritten, dann aber angezogen, er habe gewußt, daß sich sein Vater nicht im Zimmer befinde, er habe ihm nur schreien hören.

In der Familie des Angeklagten gab es sehr viel Streit, hauptsächlich aus Schuld des Vaters, der als freischütziger, gewalttätiger Mensch geschuldet wird. So war am Tag vor der Tat zwischen dem Angeklagten und seinem Vater heftiger Wortwechsel, so daß der Angeklagte am Tag der Tat nicht zu Hause, sondern im Wirtshaus saß, wo ihn sein Vater dann aufsuchte, um sich wieder in einem Disput mit ihm zu verwickeln. Der Angeklagte ist nur unerheblich bestraft. Er war von 1914—1917 als Kriegsfreiwilliger im Feld, wurde mehrfach verwundet und im September 1917 als Unwille entlassen. — 9 Zeugen sind zur Verhandlung geladen.

Die Geschworenen erklären dem Angeklagten gemäß den Anträgen des Verteidigers lediglich der Verletzung für schuldig. — Daraufhin wird das Verfahren gegen ihn eingestellt, weil es nach diesem Spruch der Geschworenen unter die vom Rat der Volksbeauftragten im Dezember 1918 erlassene militärische Amnestie fällt.

**Wegen Fällung von Mannheimer kädtischem Notgeld** wurde vom Schwurgericht in Mannheim der Gelehrte Johann Kreuzberger aus Schlagsenwald (Deutschböhmen) zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau Anna geb. Köhler zu 1 Jahr Gefängnis, die Tochter heider Elise Kreuzberger zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Frauen erhielten noch die Nebenstrafen von je 3 Jahren Ehrverlust. Die Fällschulden waren ziemlich gut nachgemacht. Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, sind im ganzen 654 dieser Scheine an den Mann gebracht worden. Mutter und Tochter Kreuzberger haben das falsche Geld hauptsächlich in Warenhäusern, wo sie nur ganz billige Artikel kauften, umgesetzt. Das edle Geld, das sie herausbekamen, hatten sie in ihrer Wohnung angesammelt und zum Teil bei der kädtischen Sparkasse auf den Namen der Tochter angelegt. Das gesamte Geld (über 12 000 M.) wurde beschlagnahmt, jedoch die Stadtgemeinde Mannheim keinen größeren Schaden erleiden dürfte.

## Kommunalpolitik.

**Bürgerauschüsse in Volkstümlichkeit.** Bei der am letzten Mittwoch stattgefundenen Bürgerauschüsse standen zwei Punkte auf der Tagesordnung: 1. Regelung des Gehalts des neu-bekleiden Gemeindevorstandes. Die Vorlage wurde ohne Debatte angenommen. Der Gehalt wurde auf 700 M. im Jahre festgesetzt. Punkt 2 betraf die Regelung des Gehalts des neuen Feld- und Waldwärters. Der Jahresgehalt war vom Gemeinderat auf 600 M. nebst Fanggebühren festgesetzt. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß der Gehalt für die jetzige teure Zeit zu niedrig sei; von anderer Seite wurde demerkt, daß ja die vorherigen Feld- und Waldwärters nicht einmal die Hälfte des nunmehrigen Betrages erhalten hätten. Schließlich wurde die Vorlage des Gemeinderates angenommen. — Wie üblich kamen dann zum Schluß noch Wünsche und Anträge zum Vortrag, wobei sich immer eine lebhaftige Aussprache entwickelte, die aber von der Gemeindebehörde sehr auf die leichte Schulter genommen wird. Verprochen wird da alles, aber getan nichts. So z. B. das elektrische Licht; das hätte man schon im letzten Späthjahr erhalten können, wenn die Gemeindebehörde gewollt oder etwas mehr die Interessen der Allgemeinheit vertreten hätte. Auch wurde angefragt, wie sich der Gemeinderat betreffs der Fällung stellt; es wurde darauf hingewiesen, daß seit dem letzten Späthjahr nur ein Fällung da sei, der aber nicht genüge, hauptsächlich, wenn der Viehbestand wieder in die Höhe kommen soll. Es kam bei dieser Sache zu einer sehr interessanten Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister und dem G. M. Stirk, wobei allerlei interne Rathausgeheimnisse aufgedeckt wurden. Beide waren sich dabei verschiedene Geschäften 'hinlerum' vor, die nicht gerade auf saubere Bruststücke schließen lassen. Man ersah aus diesem einen Beispiel, wie unsere Gemeindebehörde wirtschaftet; wie viele andere solche Fälle würden sich wohl herausstellen, wenn man allem auf die Spur ginge? Eine Nachlässigkeit ohne gleichen sei jedoch noch festzuhalten. Durch unjeren Ort zog beim Rückmarsch viel Militär, das in den Schulräumen jeweils Quartier bezog, auch Kriegsgefangene wurden einmal untergebracht. Die Räume wurden daher voll ungelüftet. Aber ans Vertilgen und Reinemachen dachte unsere hohe Obrigkeit nicht. Erst nachdem sämtliche Kinder verlaßt waren, wurde, nach 3 Monaten, Abhilfe geschaffen. Diese Beispiele mögen für heute genügen. Unjeren Bürgern sind bereits die Augen geöffnet; mögen sie bei den kommenden Wahlen uns kräftig unterstützen, sich unjere Partei anschließen, dann wird es gelingen, diese Gemeindebehörde zu bejessen und damit auch derartige Mißstände.

**Konstanz, 9. April.** In der Oberbürgermeisterfrage ist jetzt Klarheit geschaffen; sie steht vor der Entscheidung. Die Deutschdemokratische Partei, die den Oberbürgermeister stellt, wird für diesen Posten Bürgermeister Dr. Würde in Speyer vorgeschlagen. Dr. Würde war früher 10 Jahre Reichsrat in Mannheim und war im Jahre 1917 unter 66 Weibern einstimmig zum Bürgermeister von Speyer gewählt worden. Das Zentrum wird für den amteien Bürgermeisterposten Reichsrat Dr. Dietrich und die Sozialdemokratie Dipl.-Ingenieur Arnold, a. R. in Karlsruhe, vorgeschlagen.

# Heute abend 8 Uhr: Oeffentliche Volksversammlung

in der Festhalle mit dem Thema:

## „Die neue Verfassung und die Volksabstimmung“

Redner: Stadtrat Dr. Dieß.

Kein Wähler und keine Wählerin sollte fehlen.

### Aus der Partei.

**Wienheim, 10. April.** Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 13. April, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ eine Mitgliederversammlung stattfindet. Gen. Franz Bongrat aus Karlsruhe wird anwesend sein. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen.

**Zürcherheim, 9. April.** Sozialdem. Verein. Samstag, 12. April, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zur „Arona“ eine Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches, sowie vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig. Fehle keine! Leiter der Parteipresse sowie Freunde unserer Sache sind freundlichst eingeladen.

**Wiesloch, 9. April.** Sozialdem. Verein. Sonntag, 13. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Kären“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Frau Fischer aus Karlsruhe, Mitglied der Nationalversammlung, einen Vortrag über die neue badische Verfassung halten wird. Hierzu ist jedermann, auch die Frauen, freundlichst eingeladen. Freie Aussprache.

**Wiesloch, 9. April.** Sozialdem. Verein. Samstag, abend 8 Uhr, findet im „Mühle“ eine Parteiverammlung statt. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erforderlich. Ferner werden die Parteigenossen gebeten, ihr Mitgedenken in Ordnung zu bringen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

**Sozialdemokratische Partei Mastadt.** Es werden sämtliche Parteigenossinnen und Parteigenossen gebeten, zu der morgen, Samstag, abend 1/8 Uhr im „Noppen“ stattfindenden Generalversammlung pünktlich zu erscheinen.

**Gernsbach, 11. April.** Sonntag, 13. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, findet im Parteilokal zum „Lamm“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der Genosse Stern ein Referat halten wird über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Die Parteigenossen werden ermahnt, recht zahlreich zu erscheinen.

**Michelbach, 9. April.** Nächsten Sonntag, 13. April, 3 Uhr nachmittags, findet im Gasthaus zur „Traube“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Lehner Gossmann aus Gernsbach sprechen wird. Thema: „Sozialdemokratie, Kirche und Schule“. Die Arbeiterschaft unseres Ortes ist freundlichst eingeladen. Freie Aussprache ist gestattet.

**Wiesloch, 9. April.** Sonntag, 13. April, morgens 1/10 Uhr, findet im alten Bahnhofhotel eine Mitgliederversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Parteifreunde und Leiter unserer Parteipresse sind willkommen.

**Wiesloch, 9. April.** In der auf Sonntag, 13. ds. Mts., angekündigten öffentlichen Frauenversammlung wird Frau Stefanie Kiefer, Karlsruhe, sprechen.

**Offenbach, 10. April.** Sozialdem. Verein. Samstag, 12. April, abends 1/8 Uhr, findet in der Brauerei Mündlinger Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Ebenso werden die Mandatanten zur bevorstehenden Gemeindevahl aufgefordert. Wir bitten unsere Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen und die Frauen mitzubringen. Freunde der Partei sind willkommen.

**Wiesloch, 10. April.** Sonntag, 13. April, abends 1/8 Uhr, findet eine Parteiverammlung statt im „Wadenia“.

### Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Am 2., 3. und 4. April, jeweils abends 6 1/2 Uhr, fanden Vorproben der Vorbereitungsklassen mit folgenden Programmen statt:

- I. Mittwoch, den 2. April:**
1. „Erzählung“ und „Prohymn“ op. 17 von M. Reger (Cora Draß).
  2. Perceuse und Ragurca von R. v. Willem (Emma Hiesgarten).
  3. Zwei Lieder für Stimme, Klavier und Violine: a) Das Büchlein auf dem Tisch, b) Der Käfer und die Spinnen, von Franz Schreier.
  4. Lied ohne Worte Nr. 21 von F. Mendelssohn-Bartholdy (Erna Kaufmann).
  5. Zwei Lieder ohne Worte von F. Mendelssohn-Bartholdy (Käthe Stilling).
  6. Impromptu As-dur von Fr. Schubert (Wenna Köpcke).
  7. a) An den Frühling von Ed. Grieg, b) Walzer von Fr. Chopin (Gertrud Baumann).
  8. Ronzo von L. Duffel (Cora Wäcker).
  9. Toccata von Ed. Parlow (Erna Bauer).

- II. Donnerstag, den 3. April:**
1. Sonatine C-dur von Ferns. Raff (Liselotte Genzler).
  2. Zwei kleine Präludien von J. S. Bach (Hedwig Rosenfeld).
  3. Zwei Studien von Fr. Schreier (Edith Bretonisch).
  4. Thema mit 8 Variationen von Wohlfahrt (Johanna Weber).
  5. Sonatine für Klavier von L. von Beethoven (Erich Heibner).
  6. Ronzo von J. L. Duffel (Erna von Schick).
  7. Serenade von A. Jensen (Martha Hubener).
  8. a) Wiegenlied op. 2 Nr. 1, vierhändig, von Jm. Kern, und b) Sonatine op. 3 Nr. 1, vierhändig, von C. M. v. Weber (Gertrud und Anna Hubenader).
  9. Zwei Etüden aus op. 82 von St. Heller (Carola Kros).
  10. Präludium und Invention von J. S. Bach (Oskar Pfeuffer).

- III. Freitag, den 4. April:**
1. Largo für Violine von W. A. Mozart (Cora Wäcker), Begleitung: Rene Draß.
  2. „Erntli“ und „Weglein“ von E. Grieg (Armgard Guff).
  3. a) Es war einmal eine Prinzessin von Th. Kullak, b) Soloballemarsh und c) Präludium Landmann von R. Schumann (Luise Schwentzer).
  4. Trio für Klavier, Violine und Cello von Verens (Gertrud Weimling, Günther Heberle und Werner Reis).
  5. a) Wingerliedchen und b) Klänge aus dem Norden von C. Gurliitt (Heinz Kahl).
  6. a) Scherzo von F. Juretz, b) Weisung der Verbe von R. Tschakowsky (Alice Kreuzer).
  7. Gartenklänge von L. Schytte (Carola Burger).
  8. „Präludium“ und „Canonetta“ von C. Gurliitt (Pia

**Neuzimmer.** In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, die zu erledigen ist, sollte kein Mitglied fehlen.

erunt eintrüglig, Gene Draß ist die edle Schülerin Carl Friedbergs, ihr seimes Epe ist wohlwund und ionisch. — Hans Draß konnte in diesem seinem ersten Auftreten reichen Beifall entgegennehmen und dankte mit einer Chopin-Polonaise. s. k.

**Sozialistische Beamte und Lehrer.** Vorigen Sonntag fand in Pruchal im Saal des „Hotel Kaiserhof“ eine von sozialdemokratischen Ortsvereinen beschickte Versammlung der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer Pruchals statt. Der Besuch war ein über Erwartendes starker. Alle Beamtencategorien waren vertreten. Ein vorläufiges Referat des Genossen Eigenbahrer über die Verhältnisse der Beamten und Lehrkräfte wurde durch den sozialdemokratischen Beamten Hans Draß und die laute Beifall aus. Seine Ausführungen wurden unterstützt durch die temperamentvolle Aufforderung des Genossen Haupt, Meyer, Weingarten, Rat zum Beitritt in die Partei aufzubringen und sich zu deren und der Beamten Vekten gründlich zu schulen. Weiter zu Herzen gehende Aussprachen richteten der Parteivorstand Pruchal, Gen. G. G. G. und Gen. Kuf und Ufer an die Beamten. Der Zweck der Versammlung war erreicht: eine starke Anzahl Beamter meldete sich als Mitglieder an und verabschiedete das Gaudium der Aufrechten und Aufrechten um ihre Kraft. Möchten diese Arbeiter sein für den Sozialismus, indem sie all denen, die noch mit dem Vektir schwänzend zurückhalten, klar machen, daß, wer sich dem Sozialismus verschreibt, sich auf ein höheres sittliches Niveau stellt. Wir möchten an dieser Stelle die sozialistischen Beamten und Lehrer Pruchals nun zu reger Arbeit an sich selbst und an den Gesinnungsverwandten anfeuern. In die Reihen der Schwachen Heite Pruchal ist mit dem Zusammenschluß der sozialdemokratischen Beamten Pruchals eine neue Freude gelegt. r.

**Sozialistische Arbeiter.** Alle sozialistischen Arbeiter, auch in Trogen, und Parteimitglieder, werden gebeten, ihre Adresse zu senden an: Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Arbeiter, Geschäftsstelle: Leipzig, Paulstraße 20.

### Aus der Stadt.

Formular 1.

Seit 9. November haben wir in Baden die Resolution und es wird allgemein bedauert, daß dieselbe zunächst nur am Gauß und nicht auch gleich an den Gliedern des Staates gewirkt hat. Heute nach 5 Monaten gilt beim Karlsruhe'her Bezirksamt z. B. nach „Formular 1“, über die Personalkarte, das angedeutete werden muß, wenn ein Bürger der neuen Republik die Ausstellung einer Legationskarte beantragt. Es sind daraus 22 Fragen zu beantworten, von denen eine ganze Anzahl für die heutigen Verhältnisse als überflüssig bezeichnet werden müssen, z. B. 4. Name und Vorname des Vaters, 5. Vor- und Nachname der Mutter oder 10. Tag und Ort der Geburt, 12. Religionsbekenntnis, 14. Welches Handwerk erlernt, 15. Militärdienst, 16. Gönner, 17. Verdienste, 18. Fluchtverurteilung, 19. Im Besitz von Orden und Ehrenzeichen und von welchen.

Es wäre dringend nötig, daß man die leberne Verdienstkarte erlischt, für treues Gesehen am alten Popl, damit wenigstens die letzte Frage ausfüllen können.

**Aus der Stadtkasse vom 3. April 1919.** Vermächtnis. Nach Mitteilung des Nachlassgerichts hat der erstverlebte Fabrikant und Stadtrat Otto Müller der Stadtgemeinde Karlsruhe leg. wüßig die Summe von 20 000 als „Otto und

Schmidt). — 9. Drei Etüden von St. Heller (Lisbeth Graf). — 10. „Erzählung“ und „Lustige Geschichte“ von F. R. Reich (Gildgard Strober).

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

**Liederabend Junker.** Eine Ausdauer der Stimme, wie man sie selten, sehr selten trifft, zeigte der Vortrag von Helene Junker. Die Stimme höchster, innerer sowohl wie äußerer Ausdauer hat die Künstlerin erreicht. Die Töne sind wie Feuerwerke: durchdringend, hart, überzart, und mit feinsten, beglaubigten Schattierungen. Nicht die letzte Zeile, alles klar und klingend, doch nie lebend. Den Liedern des Romantikers Schumann gab die Stimme ein Leben, wie es in der Brust des Sängers gewohnt haben mag. Es waren Klänge aus tiefstem künstlerischem Empfinden und so Schubert, und alles, alles... Es sind gute Saiten auf dieser Harle, ein leichter Wind bringt sie zum Tönen, ein wenig rauher zum Springen. Wir brauchen nicht lauter „große“ Stimmen, ein feines, funkelndes Instrument bietet oft mehr Ruhe dem Zuhörer als das breite, strahlende. — Drei Wiederkompositionen des einheimischen Komponisten Hans Schwanzara gedenken mit Achtung vor der Gewandtheit des jungen Tonsetzers hervorgehoben. — Dem Hintergrund hatte Dr. Junker als Begleiter wenn auch lebendig, so doch etwas zu stark aufgetragene Farben verliehen. Das Publikum, sichtlich im Sinne der Sängerin, ehrte Helene Junker durch dankbaren Beifall.

**Klavierkonzert Draß.** Hans Draß ist eine künstlerische Persönlichkeit; zweifellos. Ein hartes Eigenwollen spricht aus ihm, er muß nicht nur, ihm ist die Musik ein Teil, ein Hauptteil seiner Natur, die Säulen zum Aufbau des Jäh, um es mit den Worten Schimmels auszudrücken. Klar, ganz fertig ist er noch nicht, kann er, wenn das vorer richtig ist, noch gar nicht sein; und ein etwas schicht sich zuweilen zwischen ihm und sein Instrument, das sich seinem Anstürmen in den Weg legt. Es war ein erlebnisreiches Programm. Zunächst die „Humann-Rhapsodie“ alles was diese an Poesie birgt, war in seinem Vortrag wunderbar erfüllt und wiedergegeben. Vielleicht hat Schumann mehr Leidenschaft gewollt. Wahrscheinlich hätte er auch viel Freude; besonders das Andante, dessen ganzer Gehalt an poetischen Bildern er in ihrer ganzen Fülle ausstrahlte. Die Mitte des Abends nahmen neun Variationen von Beethoven über ein eigenes Thema ein. Für die Vermittlung der Bekanntheit mit dieser kostbaren Gabe können wir herzlich dankbar sein. Im Verein mit seiner Gattin, Gene Weiler-Draß, wußte Hans Draß einen unternehmigen Eindruck auszuüben. Die Wiedergabe war groß angelegt,

„Rina Müller-Stiftung“ für das städtische Kinderheim und die Summe von 10 000 M. als „Otto und Rina Müller-Stiftung“ für die städtische Handelsschule Karlsruhe — Jahresklassen — zur Ausbildung begabter, aber armer Schüler und Schülerinnen vermacht.

**Erweiterung des städtischen Rheinhafens.** Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß 1. der südliche Hochwasserdamm und dem Städtischen Rheinhafen zwischen Taglanden und dem Städtischen Rheinhafen als Notstandsarbeit ausgeführt, 2. das 5. Weiden nach dem Entwurf des städt. Tiefbauamtes hergestellt und das zugehörige Gelände mit den erforderlichen Straßen, Gas-, Beleuchtungs-, Wasser- und Abwasserleitungen und sonstigen Einrichtungen versehen, 3. der Städtische Kanal vom 4. Weiden bis zum Vorhafen um 60 Meter verbreitert und 4. der durch diese Bauten entfallende Aufwand im Anschlage von 2 400 000 M. und 4 885 000 M. und 1 480 000 M., zusammen 8 215 000 M., — vorbehaltlich der für die Notstandsarbeiten aus Reichs- und Staatsmitteln zu leistenden Beiträge — in den Jahren 1919/21 aus Anlehensmitteln gedeckt wird. Die Arbeiten zu Nummer 1 sind bereits im Gange.

**Verlängerung des Straßenbahnverkehrs.** Nachdem die Passagiere und der Wirtschaftsausschuß mit Wirkung vom 1. April d. J. an von 10 auf 11 Uhr abends hinausgeschoben worden ist, wurde das städt. Bahnamt ermächtigt, auch den Straßenbahnverkehr um 1 Stunde (bis 11 Uhr abends) zu verlängern.

### Wegen Betriebsförderung

Aussehen des Gases gestern nachmittag und heute früh an den Schmelzmaschinen) müssen wir heute eine Reihe Artikel, z. B. die Verträge von der Nationalversammlung in Weimar, vom Rätekongreß, sowie eine Anzahl sonstiger wichtiger Nachrichten zur Verfügung stellen, die einfach nicht gedruckt werden konnten. Wir müssen unsere Bezahler und Einleger dieserhalb um Nachsicht bitten.

**Achtung, Steuer-Ab- und Zuschreiben!** Das bevorstehende Steuer-Ab- und Zuschreiben gibt Anlaß, auf die Bestimmung des Artikels 21 a des Einkommensteuergesetzes hinzuweisen. Nach dieser Bestimmung kann der Einkommensteuerpflichtige die Steuerpflichtigkeitsverhältnisse in der Weise berücksichtigen, daß er die Steueranlage um höchstens zwei Steuerjahre ermäßigt; oder, wenn der Pflichtige hiernach in seine Steuerstufe mehr einzureihen ist, gänzliche Steuerfreiheit gewährt. Als Verhältnisse dieser Art gelten außerordentliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittellose Angehöriger, andauernde Krankheit und besondere Unglücksfälle. Diese Berücksichtigung kann jedoch nur solchen Steuerpflichtigen gewährt werden, deren steuerbares Jahreseinkommen den Betrag von 3000 M nicht erreicht. Der Antrag auf die Ermäßigung ist beim Abundzuschreiben zu stellen. Die Steuerbehörden sind angewiesen worden, derartige Anträge zunächst wohlwollend zu behandeln.

Wir möchten dazu bemerken, daß nach den heutigen Verhältnissen mit der Einkommensgrenze von 3000 M. eigentlich so gut wie nichts anzuzunehmen ist. Mit einem Einkommen von 3000 M kann heute niemand Unterhaltungsverpflichtungen nachkommen und noch nicht einmal unter normalen persönlichen Verhältnissen sein Leben fröhlich und unter der Erziehung der Kinder, die die Einkommensgrenze schon gar nicht. Eine solche gewiß berücksichtigte Begünstigung hätte nur einen Zweck, wenn die Regierung sofort eine Verordnung erläßt, daß die Grenze mindestens auf 4000 M herabgesetzt wird, damit dieselbe noch beim diesjährigen Ab- und Zuschreiben wirken kann.

**Sozialistische Beamten und Lehrer.** Die nächste Zusammenkunft findet am morgigen Sonntag, 12. April, abends 1/8 Uhr, in den „Alten Linden“ (Eck: Birkel und Adlerstraße) statt. Genosse Weiler-Draß hat die Revolution gebracht? über das Thema: „Was hat uns die Revolution gebracht?“ Die Lehrer und Lehrerinnen, Staats-, Reichs-, Gemeinde- und Privatbeamten und Beamteninnen sind zu den Zusammenkünften freundlichst eingeladen; nach den Vorträgen findet jeweils eine Aussprache statt.

**Zur Revision des Gases und Strompreises.** Es ist allgemein bekannt, daß in Deutschland der Papiermangel außerordentlich groß ist. Diesem Mangel kann aber wirksam begegnet werden, wenn die Staatsstellen sich entschließen würden, ihre Vorzüge einmal einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und sie auf ein Maß zurückzuführen, das dem Zwecke gerade genügt und keine ungenützigen Verbräuche aufweist. So konnten wir beispielsweise gelegentlich feststellen, daß zur Berechnung der Fahrkarten ein Vorzug verwendet wird, dessen halbes Ertragsverhältnis voll auf dem Zweck entspreche würde. Gemeindefürer war dabei, daß noch Spalten für „Fahrgartensteuer“ vorgezogen sind, während diese schon über ein Jahr aufgehoben ist. Wir sind überzeugt, daß sich Tausende erheben lassen und eine Menge Papier frei würde, wenn in dieser Hinsicht einmal eine zeitgemäße Reform eingeleitet würde bei allen Staatsstellen.

**Zur Erhöhung der Gas- und Strompreise.** Über die vor dieser Tage eine Kritik drachten, schreibt das städtische Nachrichtenamt: Was die Erhöhung der Gas- und Strompreise anbelangt, so ist diese Erhöhung nicht etwa eine willkürliche Maßnahme der Stadtverwaltung, sondern unbedingt nötig geworden durch die in letzter Zeit wiederholt eingetretene unerhörte Steigerung der Kohlenpreise durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die Stadtverwaltung würde gerne das Gas zu dem alten Preise liefern, wenn die Herstellungskosten die gleichen geblieben wären.

Diese Darlegung befragt eigentlich gar nichts. Sie läßt den Kern unserer Kritik ganz außer Betracht. Daß die beabsichtigte Erhöhung der Gas- und Strompreise eine willkürliche Maßnahme der Stadtverwaltung ist, hat niemand behauptet und wird auch niemand behaupten wollen. Es hat sich nach dem geäußert, daß die Möglichkeit, die Gas- und Strompreise immer weiter in die Höhe zu treiben, an der Grenze angelangt sein dürfte. Es sollten nach unserer Meinung für die Ausfälle eine Deckung aus anderen bezw. allgemeinen Mitteln gesucht werden. Wenn man schon auf eine Anzahlgang erwidern will, so muß man auf das eingehen, was gemeint ist.



**Frauen-Hüte**

**Mädchen-Hüte**

**Kinder-Hüte**

Blumen, Bänder u. sonstige Zutaten.  
Umändern älterer Hüte.

**L. Weingand \* Karlsruhe-Mühlburg.**

**Konsum-Verein Rastatt**  
e. G. m. b. H.

Mitglied des Konsumvereins Baden-Baden und der Großverkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg.

**Geschäfts-Eröffnung: 1. Juli 1919**  
im Laden Ecke der Herren- und Rappensstraße im Hause des Herrn Möbelfabrikanten Freidinger.

Rum Verkauf kommen alle Kommunalverbandswaren und viele andere Konsumartikel.

Anmeldungen zum Beitritt können immer noch erfolgen bei den bekannten Mitgliedern, deren Adressen in unserem Laden ausgehängt sind.

Die Mitgliederliste werden wir demnächst dem Kommunalverband einreichen, damit die Mitglieder auch ihre Kommunalverbandswaren im Konsumverein beziehen können. Abgabiger Beitritt ist deshalb sehr erwünscht.

Rastatt, den 9. April 1919.  
Der Vorstand.

**Dr. med. Otto Bloos, Arzt**  
wohnt jetzt  
**Friedenstr. 3.**  
Sprechstunden: 1/2 9-1/2 10, 1-2, 5-6 Uhr.  
Fernruf 2368. 2715

**Fleisch.**

In der laufenden Woche kommen zur Verteilung: 100 g Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken und 50 g Wurst gegen 1/10 Fleischmarken, oder statt dessen 150 g Salzfleisch gegen 1/10 Fleischmarken.

Karlsruhe, den 10. April 1919. 2739  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Sauerkraut Saure Rüben**

bis auf weiteres an Werktagen von 9 bis 11 Uhr vormittags u. von 2 bis 4 Uhr nachmittags Kaiserstr. 25, jedoch nur factweise, gegen Barzahlung erhältlich. Käufer sind mitzubringen.

Kleinere Mengen Sauerkraut und Rüben werden in den Markt Verkaufsstellen und auf den Märkten warfenfrei abgegeben.

Karlsruhe, den 11. März 1919. 2250  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Wir suchen für hier u. auswärts:**  
Möbelschreiner, Holzbildhauer, Schneider, Schuhmacher, gel. Ringofen-Arbeiter, Marmor-Arbeiter, Steinbauer, Maurer, Zement-Arbeiter.

**Städt. Arbeitsamt**  
Zähringerstraße 100. 2560

**Oeffentliche Protest-Versammlung.**  
Freitag Abend 6 Uhr findet im großen Saale des „Friedrichshof“ eine

**Oeffentl. Protest-Versammlung**  
betreffend  
„Die Bewirtschaftung des Kommunal-Verbandes für Obst und Gemüse“

statt. Männer und Frauen, erscheint in großer Anzahl, in Eurem Interesse liegt es, dieses Jahr anstatt Obstmarken Obst zu bekommen.

Die Einberufer. Ekog. 2711

**Künstlerhaus-Restaurant**

Vom 9. bis 22. April geschlossen 2733

Wieder-Eröffnung am 23. April  
Hochachtungsvoll  
Josef Kritsch, Pächter.

**Karlsruhe**

hat eine erstklassige Kapelle, die vorzugsweise gute Musik pflegt.

Frau Graner konzertiert mit ihren Künstlern täglich abends 8 Uhr und Sonntag nachmittag im

**Einem guten Fang**



**macht jedermann** der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen u. repariert werden können.

Karl Hummel, Werdenerstr. Nr. 13, Tel. 1547.

**Offiz-Uniformen Schmucksachen Wasche u.s.w.**

**Sozialdem. Partei Rastatt.**

Am Samstag, den 12. April 1919, abends halb 8 Uhr, findet im Gasthaus zum Rappen

**General-Versammlung**

statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Der Vorstand. 2727



**Vertriebene aus Elsaß-Lothringen.**

**Versammlung**  
Montag, den 14. April, 8 Uhr abends, im Wäntler (Gartenaal)

Tagesordnung:  
1. Die Wohnungsnot. Wie können wir abhelfen? Referent: Herr G. Schulenburg. 2738  
2. Hilfsbund, Aussch. Reichsfürsorge.  
3. Freie Aussprache.

Ortsgruppe Karlsruhe des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich.  
Der Vorstand.

**Kaffee Bauer**

**Email-Geschirre**  
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2900

**Geschirr-Reparaturanstalt**  
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

**Darlehen**

erhalten Leute aller Stände von Mk. 50.- an gegen verschiedene Sicherheiten (Bürgen, Möbel etc.) mit monatlicher oder vierteljährlicher Raten-Rückzahlung. (Bei Anträgen, Rücksicht zu belegen). Diskretion zugesichert.

**Mittelbadische** 2892  
**Privat-, Spar- und Darlehens-Kasse,**  
Karlsruhe i. B., Pöggendorferstr. 26. Tel. 1056.

**Gef. Angebote erbittet Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft,**  
Kronenstr. 52  
Telefon: 3747

**Gesangverein „Lassallia!“**

Möchten unsere verehrlichen Mitglieder in Kenntnis setzen, daß unsere

**Tanzstunde**  
am Freitag, den 11. April, abends punkt 8 Uhr, im Vereinslokal „zum Auerhahn“ be.innt. 2717  
Der Vorstand.

**Lehrlinge gesucht**  
für

Gärtnerei, Steinhauer, Steinschleifer, Hafner, Schmiede, Blechler und Installateure, Galvaniseure, Former, Graveure, Holzvergolder, Goldschmiede, Kesselschmiede, Feilenhauer, Rasiermesser-Hohlschleifer, Wagner, Buchbinder, Tapezier u. Dekorateur, Küfer, Bürstebinder, Herren- und Damenschneider, Maler u. Anstreicher, Glaser, Maurer, Schriftsetzer u. Buchdrucker, Steindrucker, Kürschner, Köche und Kellerer, Zimmerleute, Kaufleute, Eisen dreher u. Eisenhobler.

**Städt. Arbeitsamt**  
Zähringerstraße 100. 2561

**Möbelschreiner und Bildhauer**

finden Beschäftigung bei 2890  
**Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik**  
Kriegstraße 25.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Freitag, den 11. April 1919. 2743  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Freitagsmiete Nr. 26.

**Der Troubadour.**  
Oper in vier Akten, nach dem Italienischen des Salvatore Cammerano, von Heinrich Proch. Musik v. Verdi.  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Ausgefärbte Frauenhaare**  
kauft 2908  
Oskar Deter, Haaröblg. Kaiserstr. 22.

**Auskauf umsonst bei Schwerhörigkeit**  
körperlich, nervös, durch Schmerz, etc. mit tausendf. nat. bewährte, patentamtlich geschützt. Adressenliste. Bequem und unsichtbar zu tragen. Größe 1102

**Glänz. Anfertigungen. Sanis-Versand**  
München 26 b.

**Eisenbahner Taschen**  
in allen Größen zu haben in

**Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft**  
Kronenstr. 52.

**Tüchtige, selbständige Beizer und Fertigmacher**  
zum sofortigen Eintritt gesucht. 2700

**Markstahler & Barth**  
Karlstraße 67.

**Rasier-Apparate**  
von Mk. 1.80 an.

Klingen, Pinsel, Becken, Lederabziehhapparate, Gasschläuche, Glühkörper

**Carbid- und Taschenlampen**  
Mund-Harmonikas, Fahrräder mit Gummi, Fahrradteile zu billigsten Preisen. 5582

**Nordische Stahlgesellschaft**  
m. b. H.  
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.